Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/243

18. 01. 95

Antrag

der Abgeordneten Robert Antretter, Wolf-Michael Catenhusen, Klaus Kirschner, Gudrun Schaich-Walch, Gerd Andres, Wolfgang Behrendt, Rudolf Bindig, Lieselott Blunck (Uetersen), Dr. Marliese Dobberthien, Gernot Erler, Karl-Hermann Haack (Extertal), Jelena Hoffmann (Chemnitz), Erwin Horn, Renate Jäger, Christa Lörcher, Dr. Christine Lucyga, Dr. Hermann Scheer, Dieter Schloten, Günter Schluckebier, Dr. Peter Struck, Margitta Terborg, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Entwurf einer Bioethik-Konvention des Europarates

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

- dem Deutschen Bundestag den Entwurf einer Konvention zum Schutz der Menschenrechte und der Menschenwürde im Hinblick auf die Anwendung von Biologie und Medizin (Bioethik-Konvention) sowie den erläuternden Bericht zur Beratung zuzuleiten,
- vor den abschließenden Beratungen im Rahmen des Ministerkomitees die Stellungnahme des Deutschen Bundestages abzuwarten und
- im Ministerkomitee darauf hinzuwirken, auch anderen interessierten nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten des Europarates eine Stellungnahme vor der Beschlußfassung im Ministerkomitee zu ermöglichen.

Bonn, den 18. Januar 1995

Robert Antretter
Wolf-Michael Catenhusen
Klaus Kirschner
Gudrun Schaich-Walch
Gerd Andres
Wolfgang Behrendt
Rudolf Bindig
Lieselott Blunck (Uetersen)
Dr. Marliese Dobberthien
Gernot Erler
Karl-Hermann Haack (Extertal)
Jelena Hoffmann (Chemnitz)
Erwin Horn
Renate Jäger
Christa Lörcher
Dr. Christine Lucyga
Dr. Hermann Scheer
Dieter Schloten
Günter Schluckebier
Dr. Peter Struck
Margitta Terborg
Rudolf Scharping und Fraktion

Begründung umseitig

Begründung

Der Konventionsentwurf ist in der vorliegenden Fassung nicht akzeptabel, da er seinem Anspruch, den Mißbrauch von Biologie und Medizin zu verhindern und der modernen Medizin ethisch klar definierte Grenzen aufzuzeigen, nicht gerecht wird. Insbesondere die Bestimmungen über Versuche an „geschäftsunfähigen" Personen, die Forschung an Embryonen sowie über Gentests und die Weitergabe entsprechender Ergebnisse an Dritte bedürfen einer weitgehenden Überarbeitung.

Die Kritik wird nicht nur von den betroffenen gesellschaftlichen Gruppen, sondern quer durch die Parteien geäußert.

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates, der der Entwurf zur Stellungnahme zugeleitet worden war, hatte ihre ursprünglich für den Herbst letzten Jahres vorgesehenen Beratungen wegen des erheblichen Beratungsbedarfs zurückgestellt und wird zahlreiche Änderungen vorlegen.

Die Bundesregierung hat ebenfalls entsprechende Bedenken bei den Beratungen geäußert und zu Protokoll gegeben.

Aufgrund der sensiblen Materie einerseits und der zahlreichen noch offenen Fragen andererseits wird es im Hinblick auf eine möglichst weitgehende Akzeptanz aller Beteiligten für notwendig erachtet, den nationalen Parlamenten die Möglichkeit zu geben, sich bereits vor dem formellen Ratifizierungsverfahren zu dem Konventionsentwurf zu äußern.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333